

Dresden, 01.11. 2034



JOHANNITER

Sachsen: Demokratie-Krise überwunden

« Noch in den 20er-Jahren fragten sich viele Sachsen, ob sie den demokratischen Strukturen im Freistaat vertrauen können. Es hatte sich vieles zusammengebraut: Globale Probleme, Klimakrise, populistische Scharfmacher und schwindender Glaube an die soziale Gerechtigkeit brachten die etablierten demokratischen Parteien unter Druck. Sie mussten unter Beweis stellen, dass sie das Wohl aller Sachsen am besten im Blick haben.

Ein mutiger Ministerpräsident ging voran, scheute nicht, sich den Angriffen zu stellen – an seiner Seite viele Akteure, quer durch die Gesellschaft, mit den gleichen Visionen. Darunter auch die über 4.000 haupt- und ehrenamtlichen Johanniterinnen und Johanniter.

Zehn Jahre später ist das Vertrauen in die Politik, Polizei und Einsatzkräfte, Gerichte, Regierung sowie in die Parteien stark gewachsen. Die überwiegende Mehrheit der Sachsen ist sich sicher: Demokratie macht das Leben besser!

Damit das Realität wird, wünschen sich die Johanniter einige Veränderungen!

Aus Liebe zum Leben



Johanniter- Positionspapier 2023

Unsere Wünsche – Übersicht

Rettungsdienst Personal	
Notfallrettung am Limit	7
Johanniter wünschen sich Zentrale Gesundheitsleitstellen als Lotsen für Notfälle und medizinische Interventionen	
Rettungsdienst Personal	
Vorfahrt im Rettungsdienst für gemeinnützige Organisationen	8
Johanniter wünschen sich rechtssichere Bereichsausnahme	
Rettungsdienst Personal	
Planungssicherheit und weniger Bürokratie für die Rettungsdienste	9
Johanniter wünschen sich unbefristete Verträge	
Bevölkerungsschutz Ehrenamt	
Mehr Platz für Katastrophenopfer	9
Johanniter wünschen sich den Ausbau autarker Zentren für den Bevölkerungsschutz	
Bevölkerungsschutz Ehrenamt	
Mehr Ausbildung für ehrenamtliche Helfer	10
Johanniter wünschen sich Lohnfortzahlung in der Grundausbildung	
Personal Pflege Rettungsdienst	
Abwanderung in der Pflege an Zeitarbeitsfirmen verhindern, freie Honorarkräfte in der Notfallrettung begrenzen	10
Johanniter wünschen sich, dass Zeitarbeitsfirmen und Honorarkräfte kein Kapital aus dem Personalnotstand schlagen	
Ausbildung Pflege Personal	
Finanzierung der Generalistischen Pflegeausbildung vereinfachen	12
Johanniter wünschen sich Pauschalwerte statt Einzelnachweis	
Pflege Personal	
Schnellere Umsetzung der Digitalen Infrastruktur in der Pflege	13
Johanniter wünschen sich für den Umstieg vom Probetrieb in den Regelbetrieb mehr „Wumms“	
Pflege	
Nachtpflege für Senioren	13
Die Johanniter wünschen sich, dass in den Einrichtungen der Tagespflege auch Übernachtungsmöglichkeiten etabliert werden	

Pflege		
Abbau der Sektorengrenzen		14
Die Johanniter wünschen sich die Gleichstellung der Leistungen der Pflegeversicherung mit denen der Behandlungspflege		
Pflege		
Barrierefreiheit gegen Vereinsamung		14
Die Johanniter wünschen sich mehr Barrierefreiheit in den Wohnungen		
Pflege	Personal	
Umsetzung des Personalbemessungsinstruments		15
Die Johanniter wünschen sich Änderungen im § 113c SGB XI nach Maßgabe des Projekts PeBeM		
Pflege	Personal	
Ausbau der Pflegeinfrastruktur		15
Die Johanniter wünschen sich mehr kommunalen Einfluss auf pflegepolitische Entscheidungen		
Pflege		
Zweckbindung für Investitionen verkürzen		15
Die Johanniter wünschen sich deutlich verkürzte Zweckbindungen für Finanzhilfen		
Pflege		
Anpassung der Investitionskosten		16
Die Johanniter wünschen sich, dass die Baukosten an die aktuellen Entwicklungen angepasst werden		
Hausnotrufdienste	Pflege	Rettungsdienst
Hausnotrufdienste mit flexibleren Diensten		16
Die Johanniter möchten die Hausnotrufdienste umfangreicher einsetzen, um Pflegeeinrichtungen und Rettungsdienste zu entlasten		
Hausnotrufdienste	Pflege	Rettungsdienst
Mehr Selbstbestimmung für Senioren		17
Die Johanniter wünschen sich, dass Senioren möglichst lange im gewohnten Umfeld leben – ohne die Angehörigen zu „verschleifen“		
Hausnotrufdienste	Pflege	
Mehr Innovationen im Hausnotruf		18
Johanniter wünschen sich mehr Technologien der Gesundheits-Apps im Hausnotruf		

Ausbildung **Pflege** **Kinder & Jugend** **Rettungsdienst**

Schnelle Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt 19
Johanniter wünschen sich die organisatorische Straffung der Verfahren

Ausbildung **Integration & Flüchtlingsarbeit**

Psychologische Betreuung Geflüchteter verbessern 20
Die Johanniter wünschen sich, dass Geflüchtete mit posttraumatischen Belastungsstörungen und Depressionen zeitnah Hilfe erhalten

Kinder & Jugend

Regionale Jugendarbeit stärken 20
Die Johanniter wünschen sich, dass die Jugendverbandsarbeit personell in der Region gefördert wird

Kinder & Jugend

Kita-Finanzierung sicherstellen 21
Die Johanniter wünschen sich zunehmende Finanzierungen von Kindertagesstätten durch Landeszuschüsse – die Eigenanteile der Träger sollten genauer definiert werden

Kinder & Jugend

Kitas in strukturschwachen Regionen stärken 21
Die Johanniter wünschen für die Kitas auf dem Land mehr Investitionen, um geschwächte Regionen zu stärken und Ballungszentren zu entlasten

Kinder & Jugend **Personal**

Realistischen Fachkraft-Kind-Schlüssel etablieren 22
Die Johanniter wünschen sich praxisnahe Personalschlüssel

Kinder & Jugend **Personal**

Personalnot in der Kinderbetreuung lindern 23
Die Johanniter wünschen sich mehr Attraktivität der Ausbildung

Kinder & Jugend **Personal**

Ausbau von Kitas zu Kinder- und Familienzentren 24
Die Johanniter wünschen sich in Kitas mehr Beratung für Familien

Kinder & Jugend

Mittagessen für alle Kitakinder 25
Die Johanniter wünschen sich die einheitliche Auslegung des Sächsischen Kita-Gesetzes bei der Berechnung der Kosten für das Mittagessen

Ehrenamt **Personal** **Kinder & Jugend**

Kindertrauerarbeit finanziell fördern 25
Die Johanniter wünschen sich für die Trauergruppen Personalkostenförderungen

Ehrenamt Personal

Bildungsurlaub auch in Sachsen einführen..... 25
Die Johanniter wünschen sich für ihre haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden einen Anspruch auf Bildungsurlaub

Ausbildung Kinder & Jugend Ehrenamt Bevölkerungsschutz Rettungsdienst

Erste Hilfe als Bildungs- und Bürger-„pflicht“ 26
Die Johanniter wünschen sich gut geschulte Helferinnen und Helfer für alle Notlagen

Pflege Fahrdienste Kinder & Jugend Rettungsdienst Hausnotrufdienste Ehrenamt

Nachhaltige Konzepte fördern 27
Johanniter wünschen sich Privilegien für klimafreundliches Wirtschaften

Doch zurück ins Jahr 2023: Die Menschen in Sachsen werden in diesen Tagen von Sorgen getrieben. Wie stabil ist der Frieden? Was bringt der Klimawandel? Können wir uns auf unseren Bevölkerungsschutz sowie das System der Rettungsdienste und Hilfsorganisationen verlassen? Ist die Pflege oder das Betreute Wohnen auch in Zukunft noch bezahlbar? Werde ich im Alter einsam sein? Können sich alle Familien den Kitaplatz, das Schulesen oder den Sommerurlaub¹ noch leisten? Wo bekomme ich Hilfe bei medizinischen Problemen oder in Extremsituationen? Wie finde ich einen warmen Platz oder eine Mahlzeit?

Diese Sorgen treiben vor allem die ärmeren Menschen in Deutschland um. Und diese werden mehr. Die Klientenzahl an den Tafeln stieg 2022 in Deutschland um 50 Prozent². Jeder fünfte pflegende Angehörige ist von Armut bedroht³ sowie jeder sechste über 65 Jahre⁴. Auch der Blick auf die Generation, die unsere Zukunft sichern soll, kann nicht befriedigen. Jeder dritte Hartz-IV-Empfänger ist ein Kind, obwohl der Anteil von Kindern an der Gesamtbevölkerung nur bei rund 16 Prozent liegt⁵. Laut einer Analyse der Bertelsmann-Stiftung vom Januar 2023 ist in Sachsen jedes fünfte Kind und jeder dritte junge Erwachsene von Armut bedroht⁶. 2021 waren das im Freistaat 131 705 Kinder (20,3 Prozent)

und 87 301 junge Erwachsene im Alter von 18 bis 25 Jahren (34,9 Prozent). Alleinerziehende und Familien mit mehr als drei Kindern seien im Freistaat am stärksten betroffen⁷. Ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland hat ein jährliches Nettoäquivalenzeinkommen von unter 16 300 Euro zur Verfügung – darunter ein hoher Anteil von Alleinerziehenden-Haushalten⁸.

So verwundert es nicht, dass sich gerade in den unteren Einkommensschichten die Menschen von der Demokratie abwenden. Nur 59 Prozent der Armen in Deutschland finden, die Demokratie in Deutschland funktioniere im Großen und Ganzen noch gut. In der Gesamtbevölkerung sind es 70 Prozent⁹. Das Vertrauen in Organe und Institutionen ist historisch niedrig.

Es gibt also einiges zu tun, um diesen Trend wieder umzukehren. Dabei kann der Freistaat voll und ganz auf die Johanniter bauen. Wir arbeiten im sozialen Bereich und die Aufgaben der Hilfsorganisation werden von den Menschen als Teil der Daseinsvorsorge verstanden. Können Hilfsorganisationen – wie die Johanniter – überzeugen, stärkt das die Demokratie. Und weil wir das so wichtig finden, möchten wir ein paar Grundlagen unserer Arbeit verbessern. Gemeinsam mit Ihnen, den Volksvertretern im Freistaat.

- 1 50 Prozent der „Dauerhaft Armen“ können sich keine jährliche Reise leisten. Quelle: Verteilungsbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI), https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008464/p_wsi_report_79_2022.pdf
- 2 Quelle: Jochen Brühl, Vorsitzende des Dachverbands Tafel Deutschland, https://rp-online.de/politik/deutschland/rapider-anstieg-tafeln-verzeichnen-zwei-millionen-beduerftige_aid-79367065
- 3 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) nach einer Auswertung der Daten des sozioökonomischen Panels, <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/137720/Jeder-fuenfte-pflegende-Angehoeerige-von-Armut-bedroht>
- 4 Auswertung des Statistischen Bundesamtes auf Anfrage der Linksfraktion im Bundestag, <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/137695/Armutsgefaehr-dung-von-Aelteren-deutlich-gestiegen>
- 5 Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerks (DKHW), Holger Hofmann, <https://www.dkhw.de/presse/schlagzeilen-archiv/schlagzeilen-details/breites-buendnis-fordert-mehr-finanzielle-mittel-fuer-die-bekaempfung-von-kinderarmut/>
- 6 <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2023/januar/neue-zahlen-zur-kinder-und-jugendarmut-jetzt-braucht-es-die-kindergrundsicherung>, 24.02.2023
- 7 <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/factsheet-kinder-und-jugendarmut-in-deutschland>
- 8 Destatis, Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. N 062 vom 5. Oktober 2022 https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/10/PD22_NO62_63.html
- 9 Quelle: Verteilungsbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI), https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008464/p_wsi_report_79_2022.pdf



Rettungsdienst Personal

Notfallrettung am Limit

Johanniter wünschen sich Zentrale Gesundheitsleitstellen als Lotsen für Notfälle und medizinische Interventionen

Unsere Beobachtung

Johanniter-Experten schätzen, jeder dritte bis vierte Einsatz ist kein Notfall. Die Notaufnahmen sind überfüllt und nehmen zuweilen keine Patienten auf. Der Ansturm überfordert auch den Kassenärztlichen Bereitschaftsdienst. Frust und Gewalt machen sich breit und entladen sich häufig an den Rettern. 90 Prozent der Rettungskräfte könnten sich nicht vorstellen, bis zu ihrer Rente im Beruf zu bleiben. Und rund 40 Prozent überlegten, den Beruf zu wechseln, den sie eigentlich liebten¹⁰.

Unser Vorschlag

Um dem entgegenzuwirken, wünschen sich die Johanniter eine Reform der präklinischen Notfallversorgung: Braucht jemand medizinische Hilfe, muss niemand mehr überlegen, ob die 112 oder die 116 117 die richtige Wahl ist. Alle Anrufer werden zu einer Zentralen Gesundheits-Leit-

stelle durchgestellt. Medizinisches Fachpersonal analysiert den Grund des Anrufes und leitet die individuell gebotene Hilfe ein. Im Notfall rückt der Rettungswagen aus. Bei weniger dringenden Fällen wird ein diensthabender Arzt per Datenleitung zugeschaltet oder ein Termin beim Haus- oder Facharzt vermittelt. Die Patientinnen und Patienten werden künftig nur noch in die Notaufnahmen oder Bereitschaftspraxen transportiert, wenn sie nicht zu Hause behandelt beziehungsweise versorgt werden können.

Die Leitstellen können zudem Termine bei geeigneten Gesundheitsdienstleistern buchen, die Patienten an Fahrdienste verweisen sowie an Behörden, Beratungsstellen, Organisationen und Initiativen, die sich um Menschen in Akutsituationen kümmern. Dazu gehören Kältehilfe, Frauenhäuser, soziale Dienste, Seelsorge, Psychologische Beratungsstellen oder das Jugendamt. So entsteht ein effizientes Gesundheits-Lotsen-System.

¹⁰ Frank Flake, Vizevorsitzender des Deutschen Berufsverbandes Rettungsdienste, <https://www.aerzteblatt.de/archiv/228965/Rettungsdienst-Grosser-Personalmangel>

Vorfahrt im Rettungsdienst für gemeinnützige Organisationen

Johanniter wünschen sich rechtssichere Bereichsausnahme

Unsere Beobachtung

Nach dem Willen des Bundesgesetzgebers im § 107 Abs. 1 Nr. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist es möglich, dass gemeinnützige Organisationen – wie die Johanniter – bei den Vergaben des Rettungsdienstes privilegiert werden. Die Umsetzung der Bereichsausnahme fand zudem Eingang in den Koalitionsvertrag. Auch wäre diese Regelung gesellschaftlich dringend geboten, weil die Hilfsorganisationen sich im Zivil- und Bevölkerungsschutz intensiv engagieren. Für eine rechtssichere Anwendung in Sachsen fehlt es bislang an einer entsprechenden Formulierung im SächsBRKG, wie der Europäische Gerichtshof in seinem Urteil vom 21. März 2019 ausgeführt hat.

Unser Vorschlag

Das Sächsische Gesetz über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (SächsBRKG) formuliert bislang im § 31 die Gleichrangigkeit von gemeinnützigen und privaten Akteuren: „Der Träger des Rettungsdienstes überträgt die Durchführung der Notfallrettung und des Krankentransportes nach einem Vergabeverfahren durch öffentlich-rechtlichen Vertrag auf private Hilfsorganisationen oder andere Unternehmer (Leistungserbringer).“ Der Gesetzestext könnte nach Ansicht der Johanniter sehr einfach klarstellend und im Sinne einer rechtssicheren Bereichsausnahme geändert werden. Ein Formulierungsvorschlag der Johanniter ist dem Sächsischen Staatministerium des Innern mit Schreiben vom 4. August 2022 zugegangen.



Planungssicherheit und weniger Bürokratie für die Rettungsdienste

Johanniter wünschen sich unbefristete Verträge

Unsere Beobachtung

Alle fünf bis sieben Jahre müssen die Rettungsdienstverträge neu ausgeschrieben werden. Die Johanniter investieren in jede der 1.600-seitigen Ausschreibungsunterlagen etwa 1.000 Stunden. Diese Zeit würde die Hilfsorganisation gern für ihre Klienten und Patienten aufwenden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Rettungswachen müssen sich im Extremfall alle fünf bis sieben Jahre auf einen neuen Arbeitgeber mit neuen Verträgen und Prozessen einstellen. Die Verunsicherung wächst, die Loyalität zum Beruf des Retters nimmt ab.

Unser Vorschlag

Die Johanniter wünschen sich, dass der Bewerbungsprozess entschlackt wird und die Rettungsdienstverträge unbefristet vergeben werden. Im Vergabeverfahren wird eine Kalkulation für die ersten beiden Jahre aufgestellt. In den Folgejahren wird nach transparenten Kosten-Leistungs-Nachweisen abgerechnet. Die Johanniter sprechen sich ausdrücklich für eine wirtschaftliche und sparsame Leistungserbringung aus. Diese ist gerade in Zeiten sich leerender Sozialkassen wichtiger denn je. Eine falsch verstandene Sparsamkeit darf in der Ausgestaltung der Rettungsdienstverträge jedoch nicht dazu führen, dass Risiken über Gebühr den Leistungserbringern aufgebürdet werden, die zum einen nicht in ihrem Einzugsbereich liegen oder zum anderen nicht über die gesamte Dauer der Vertragslaufzeit seriös kalkuliert werden können. Preissteigerungen durch die Corona-Pandemie oder den Krieg gegen die Ukraine waren nicht vorhersehbar und können nur in sehr engen Grenzen nachverhandelt werden.

Mehr Platz für Katastrophenopfer

Johanniter wünschen sich den Ausbau autarker Zentren für den Bevölkerungsschutz

Unsere Beobachtung

Der Klimawandel zeigt sich mit Stürmen und Hochwassern. Die geopolitische Lage hat sich massiv verändert. Wir müssen uns auf „neue“ Risiko-Szenarien einstellen. Dem muss sich auch der Bevölkerungsschutz stellen, flächendeckende Krisen und Verwüstungen, Terrorlagen, Blackouts oder Angriffe eines Aggressors werden wahrscheinlicher.

Unser Vorschlag

Die Hilfsorganisationen bauen autarke Stützpunkte für den Bevölkerungsschutz auf, in denen die Bürger aber auch die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bevölkerungsschutzes und ihre Familien Zuflucht finden können. Nur so kann die Arbeitsfähigkeit der Bevölkerungsschützer „in der Lage“ gesichert werden. Die Johanniter haben mit Akkon Heidenau einen Zufluchtsort für 200 Menschen geschaffen, ein weiterer wird in den kommenden Monaten in Aue entstehen. Weil das bei vier Millionen Einwohnern nicht annähernd reicht, müssen hier alternative Finanzierungsmodelle etabliert werden, um den Ausbau voranzutreiben.

Mehr Ausbildung für ehrenamtliche Helfer

Johanniter wünschen sich Lohnfortzahlung in der Grundausbildung

Unsere Beobachtung

Ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das Rückgrat im Bevölkerungsschutz und den Rettungshundestaffeln, sie begleiten Sterbende in Hospizdiensten oder betreuen Kinder und Jugendliche in Trauergruppen. Zudem kümmern sie sich um Kinder, die einen schweren Start ins Leben hatten. Für solche Aufgaben müssen die ehrenamtlichen Helfer umfassend qualifiziert werden. Das wird zunehmend schwerer, weil neben Beruf und Familie die Zeit und/oder das Geld für entsprechende Weiterbildungen fehlt.

Unser Vorschlag

Bei den Johannitern sind die meisten ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in den Einheiten des Bevölkerungsschutzes. In dieser Gruppe ist auch der Ausbildungs- und Trainingsbedarf am höchsten. Um die Motivation und die Leistungsfähigkeit dieser Einheiten zu steigern, wünschen sich die Johanniter die Lohnfortzahlung für die Helfergrundausbildung durch den Freistaat Sachsen. Bei 110 Unterrichtseinheiten mit 82,5 Stunden und einem durchschnittlichen Verdienstaufschlag von 23,86 Euro pro Stunde kommen pro Person Kosten von 1.968,45 Euro zusammen. Bei insgesamt 33 Einheiten und geschätzten fünf Neuzugängen im Jahr, wären das für den Freistaat 324.794,25 Euro pro Jahr. Ein recht überschaubarer Preis für eine sehr umfangreiche Aufgabe.

Abwanderung in der Pflege an Zeitarbeitsfirmen verhindern, freie Honorarkräfte in der Notfallrettung begrenzen

Johanniter wünschen sich, dass Zeitarbeitsfirmen und Honorarkräfte kein Kapital aus dem Personalnotstand schlagen

Unsere Beobachtung

Der Mangel an Pflegefachkräften hat den Zeitarbeitsfirmen eine gewinnträchtige Nische beschert. Mit höheren Gehaltsversprechen – oberhalb der vereinbarten Branchentarife – und anderen Vergünstigungen ziehen sie Pflegefachkräfte aus dem System ab. Damit die Pflege sichergestellt werden kann, sind die Einrichtungen gezwungen, die Spielregeln zu akzeptieren und die Mehrkosten zu tragen. Die Zeitarbeitsfirmen verdienen gut daran. Auf den erhöhten Kosten bleiben die Pflegeeinrichtungen sitzen, sie werden nicht von den Pflege- und Krankenversicherungen erstattet.

Die Leiharbeit verschärft also den Fachkräftemangel in der Pflege und führt dazu, dass Fachkräfte die Einrichtungen verlassen und zu Leiharbeitsfirmen wechseln. Dies bedroht den Betriebsfrieden massiv. Denn das Stammpersonal ist gezwungen, die wenig attraktiven Arbeitszeiten abzudecken – beispielsweise an Wochenenden oder Feiertagen. Zudem müssen sie die Leiharbeitenden einarbeiten, die pflegerische Dokumentation absichern sowie sich hierfür gegenüber den Prüfinstitutionen verantworten.

So verständlich diese Wünsche nach besseren Arbeitsbedingungen auch sind, müssen flexible Arbeitszeitmodelle allen und nicht nur einer privi-



legierten Schicht von Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter zugutekommen. Die Zeitarbeit hat noch einen weiteren äußerst negativen Nebeneffekt. In der Pflege kommt es auf vertrauensvolle Beziehungsarbeit an. Diese wird mit ständig wechselnden Pflegekräften nachhaltig beschädigt.

Zudem drohen ähnliche Auswüchse in der Notfallrettung. Hier bieten sich erste freie temporäre Honorarkräfte an, deren Honorare deutlich über den Vergütungen aus den Tarifverträgen liegen.

Unser Vorschlag

Der Leiharbeit beziehungsweise der freien Honorarentlohnung muss Einhalt geboten oder in den Mangelberufen gänzlich verboten werden, da sie

ihrem eigentlichen Zweck – Abhilfe in Notfällen zu leisten – nicht gerecht wird. Dazu bedarf es klarer rechtsverbindlicher Regeln.

Um die Arbeitszeitmodelle auf die Wünsche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzupassen, benötigen die Träger deutlich mehr Flexibilität in den Vorgaben zu den Personalbesetzungen und den internen Strukturen. Vorausgesetzt, dass vor Ort auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für alle Dienstzeiten gefunden werden.

Ziel aller Aktivitäten in der Pflege sollte es sein, die Beziehungen zwischen Pflegekräften und Klienten langfristig zu stärken. In der Notfallversorgung geben aufeinander eingespielte Teams professionelle nachhaltige Sicherheit.

Finanzierung der Generalistischen Pflegeausbildung vereinfachen

Johanniter wünschen sich Pauschalwerte statt Einzelnachweis

Unsere Beobachtung

Mit der generalistischen Ausbildung in der Pflege sind wir auf dem richtigen Weg. Jetzt gilt es, den enormen bürokratischen Aufwand der Finanzierung zu vereinfachen.

Für jeden auszubildenden Pflegedienst berechnen beispielsweise die Johanniter – als Träger der Ausbildung – einen Punktwert. Dieser beruht auf den abgerechneten Pflegeleistungen bei den Kassen. Aus diesem Punktwert ergibt sich die Höhe des Betrages, der in den Sächsischen Ausbildungsfonds Pflege – per Vorkasse – eingezahlt wird. Am Ende des Jahres müssen die Einrichtungen die Kalkulation mit dem Ist-Zustand abgleichen und die Abweichungen werden mit den Forderungen für das kommende Jahr verrechnet. Aus diesem Fonds erhält der Träger der Ausbildung – also auch die Johanniter – einen festen Betrag, um die Ausbildung zu finanzieren. Doch dazu muss der Träger der Einrichtung alle Kosten detailliert erheben. Dazu gehören die Gehälter der Praxisanleiter, Kosten für die Büroräume, Kommunikationsmittel, Fahrtkosten, Verbrauchsmittel, Kosten, die bei Kooperationspartnern bei-

spielsweise in den Praxisstationen entstehen und und und. Mit diesem Zahlen-Konvolut geht es in die Verhandlung mit dem Sächsischen Ausbildungsfonds Pflege. Es wird ein Betrag pro Auszubildenden und Jahr ermittelt, den der Träger der Ausbildung zu verwalten hat. Verändert sich etwas in der Kostenstruktur, was praktisch ständig der Fall ist, muss das nachgemeldet werden. Darüber hinaus sind die Träger der Ausbildung für das Curriculum verantwortlich, müssen die Weiterbildungen der Praxisanleiter nachweisen, die Kooperationspartner für die Praxisstationen verwalten und Netzwerkarbeit aller Beteiligten sichern, denn Ausbildung ist Teamwork. Der Aufwand ist immens. Und gerade kleinere Anbieter von Pflegedienstleistungen verabschieden sich deshalb aus der Ausbildung.

Unser Vorschlag

Damit die Ausbildung in der generalistischen Pflege für alle lukrativer wird, müsste die Kostenkalkulation vom Einzelnachweis auf Pauschalsätze umgestellt werden. Ebenso könnte man die umfangreichen Meldeverfahren für den einzelnen Auszubildenden vereinfachen.



Schnellere Umsetzung der Digitalen Infrastruktur in der Pflege

Johanniter wünschen sich für den Umstieg vom Probetrieb in den Regelbetrieb mehr „Wumms“

Unsere Beobachtung

Dass die Pflegedienste, in einem gemeinschaftlichen Kräftakt, die digitale Infrastruktur einführen, ist alternativlos. Gern arbeiten die Johanniter in diesem Pilotprojekt und haben weder Aufwand noch Mühen gescheut. Doch oft verpuffen die Testläufe, weil die dahinterliegende Infrastruktur nicht ausgereift ist. Trotz hohen Aufwands in unseren Pflegeeinrichtungen zeichnet sich kein Vorteil am Horizont ab. Zudem fehlt es an Ansprechpartnern und Support.

Unser Vorschlag

Mit Hochdruck muss die Schnittstellen-Problematik gelöst werden. Nur so lassen sich allen Beteiligten die Vorteile der digitalen Infrastruktur darstellen. Erst dann wird der Mehrwert des Austausches aktueller Patientendaten und vereinfachter Abrechnungen erlebbar. Für die Einführung bedarf es eines Support-Teams mit hoher Dienstleistungsausrichtung.

Nachtpflege für Senioren

Die Johanniter wünschen sich, dass in den Einrichtungen der Tagespflege auch Übernachtungsmöglichkeiten etabliert werden

Unsere Beobachtung

Tagespflegegäste müssen häufig zu schnell in stationäre Einrichtungen, weil es die Angehörigen nicht durchgängig schaffen, auch nachts Hilfe zu leisten. Häufig kollidiert die selbstaufgelegte „Hilfspflicht“ mit Dienstreisen, Schichtdiensten oder familiären Verpflichtungen. Obwohl sie ihre Angehörigen selbst gern weiter pflegen möchten, sind diese Familien gezwungen, eine stationäre Betreuung zu organisieren. Dem effizienten Grundsatz „ambulant vor stationär“ ist damit nicht gedient.

Unser Vorschlag

In einer zugelassenen Tagespflege sollte es auch möglich sein, Übernachtungen anzubieten, um Angehörige zu entlasten. Durch diese temporären Nachtpflegen könnten die Pflegebedürftigen ansonsten wunschgemäß in der eigenen Wohnung leben und ihr soziales Umfeld genießen.





Pflege

Abbau der Sektorengrenzen

Die Johanniter wünschen sich die Gleichstellung der Leistungen der Pflegeversicherung mit denen der Behandlungspflege

Unsere Beobachtung

Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ soll den Menschen die Möglichkeit geben, so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung mit ihnen vertrauten Menschen zu leben. Doch diesen erschweren bislang die Abgrenzungen in den Sozialgesetzbüchern. Sie definieren vollkommen unterschiedlich Leistungs- und Finanzierungskriterien zwischen ambulanter, teilstationärer und stationärer Pflege. So verhindern sie den Wechsel zwischen den verschiedenen Angeboten und damit die individuelle Anpassung der Leistungen an die Wünsche der Klienten und Patienten.

Unser Vorschlag

Diese Sektorengrenzen müssen durch ein alternatives übergreifendes Vergütungsmodell ersetzt werden. Unabhängig vom Lebensort und Lebensstil muss die Pflegekasse für die Grundpflege und Betreuung (Care) und die Krankenkasse für die Behandlungspflege und medizinische Versorgung (Cure) zuständig sein.

Die Johanniter Seniorenhäuser GmbH unterstützt die Initiative Pro-Pflegereform (www.pro-pflegereform.de). Diese zeigt alternative Reformszenarien für die Ausgestaltung der Pflegeversicherung auf.

Pflege

Barrierefreiheit gegen Vereinsamung

Die Johanniter wünschen sich mehr Barrierefreiheit in den Wohnungen

Unsere Beobachtung

Ungeeignete Wohnungen mit vielen Barrieren wie Treppenstufen oder ein Umfeld mit mangelnder Infrastruktur, halten ältere Menschen oft davon ab, ihre Wohnung zu verlassen. Obwohl sie sich in ihrer Wohnung allein versorgen können, vereinsamen sie und verlieren damit massiv an Lebensqualität, entwickeln überproportional viele Erkrankungen, ziehen eher in stationäre Einrichtungen.

Unser Vorschlag

Würden im Freistaat mehr barrierearme Wohnungen neu gebaut, könnten beispielsweise die Johanniter umfangreiche niedrigschwellige Hilfeangebote etablieren. Das unterstützt das von allen favorisierte Prinzip „ambulant vor stationär“. Gepaart mit einer angemessenen digitalen Ausstattung könnten die Seniorinnen und Senioren länger bei höherer Lebensqualität in der gewohnten Umgebung wohnen bleiben.

Umsetzung des Personalbemessungsinstruments

Die Johanniter wünschen sich Änderungen im § 113c SGB XI nach Maßgabe des Projekts PeBeM

Unsere Beobachtung

Die gesetzgeberische Umsetzung in § 113c SGB XI weicht sowohl von den Ergebnissen des Projekts „PeBeM“ als auch von der Roadmap zur Umsetzung der Personalbemessung in der stationären Langzeitpflege des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) deutlich ab.

Unser Vorschlag

Die Johanniter fordern die volle Umsetzung der Ergebnisse des Projekts ohne willkürliche Abschlüsse, einhergehend mit einer Finanzreform der Pflegeversicherung. Der Personalbedarf nach dem Algorithmus des Personalbemessungsinstruments laut PeBeM-Studie ist perspektivisch zu 100 Prozent umzusetzen.

Ausbau der Pflegeinfrastruktur

Die Johanniter wünschen sich mehr kommunalen Einfluss auf pflegepolitische Entscheidungen

Unsere Beobachtung

Die Kommunen steuern heute nicht mehr die stationäre Pflegeinfrastruktur. In der Folge bauen vorwiegend private Investoren Pflegeeinrichtungen auch dort, wo der Bedarf nicht vorhanden ist. Damit verschärft sich die ohnehin kritische personelle Situation für alle bestehenden Einrichtungen.

Unser Vorschlag

Die Kommunen gestalten die Pflegeinfrastruktur als Pflichtaufgabe entscheidend mit. Dabei bringen sie ihre lokale Expertise ein. Während der Handlungsspielraum durch den bundespolitischen Rahmen vorgegeben wird, sind die Versorgungssettings von den Ländern passgenau umzusetzen. Dabei orientieren sich die Länder an den Bedarfen und Bedürfnissen ihrer Bevölkerungsstruktur. Die Länder müssen den pflegepolitischen Rahmen abstecken und eine verbindliche Planung und Förderung auf kommunaler Ebene umsetzen.

Zweckbindung für Investitionen verkürzen

Die Johanniter wünschen sich deutlich verkürzte Zweckbindungen für Finanzhilfen

Unsere Beobachtung

Um den marktbedingten Anforderungen an eine moderne Pflegeeinrichtung gerecht zu werden, müssen die Gebäude oftmals strukturell verändert werden. Der stringent vorgegebene Zweckbindungszeitraum von 40 Jahren steht in Konkurrenz mit den Bedürfnissen einer Einrichtung in der Praxis. Notwendige konzeptionelle Änderun-

gen, welche beispielsweise die Kapazitäten oder das Raumprogramm betreffen, sind nicht oder nur erschwert möglich.

Unser Vorschlag

Die Zweckbindung von Finanzhilfen für Investitionen in Pflegeeinrichtungen in Beitrittsgebieten sollte auch in Sachsen erheblich verkürzt werden.

Anpassung der Investitionskosten

Die Johanniter wünschen sich, dass die Baukosten an die aktuellen Entwicklungen angepasst werden

Unsere Beobachtung

Die Kosten am Bau steigen gegenwärtig kontinuierlich. Hinzu kommen Aufwendungen für nachhaltige Konzepte. Die Refinanzierung ist nach den bislang etablierten Maßstäben nicht mehr möglich.

Unser Vorschlag

Um auch zukünftig stationäre Pflegeplätze und deren Refinanzierung sicherzustellen, ist es unerlässlich, dass bei der Festlegung von anzuerkennenden Investitionskosten in Sachsen die aktuellen Baukosten und die Anforderungen an umweltschonende und energiesparende Bauweise Berücksichtigung finden.

Hausnotrufdienste mit flexibleren Diensten

Die Johanniter möchten die Hausnotrufdienste umfangreicher einsetzen, um Pflegeeinrichtungen und Rettungsdienste zu entlasten

Unsere Beobachtung

Die Zahl der pflegebedürftigen Senioren steigt von heute 4,6 auf 6 Millionen im Jahr 2030. Davon werden gegenwärtig 80 Prozent zu Hause versorgt. Rechnet man das konservativ hoch, werden im Jahr 2030 etwa 180.000 Pflegekräfte fehlen. Auch die Rettungsdienste rücken immer häufiger aus, darunter viele Bagatelleinsätze. Bis zu 25 Prozent der „Notfälle“ sind nicht abrechenbar und der Rettungswagen somit oft das falsche Hilfsmittel. Aber häufig wissen sich die Bürgerinnen und Bürger in solchen Situationen keinen anderen Rat, weil sie in anderen Versorgungsstrukturen abgelehnt werden oder das Hilfesystem nicht überblicken. Hier könnten die Hausnotrufdienste deutlich entlasten.

Unser Vorschlag

Um die Pflegekräfte zu entlasten, ist es beispielsweise möglich, dass der Hausnotrufdienst Aufgaben der Pflegeeinrichtungen wie die Pflegebereitschaft übernimmt und effizienter gestalten kann. Ein Angebot, das gerade auch für kleinere Anbieter attraktiv ist.

Damit Pflegedienste solche Aufgaben an die Hausnotrufdienste übertragen können, müssen die rechtlichen Bedingungen im SGB XI geändert werden. Nur dann werden diese übertragenen Leistungen erstattungsfähig.

Bietet sich zudem mit den Hausnotrufdiensten ein verlässlicher und beratender Partner, werden hilflose Patientinnen und Patienten seltener die 112 wählen und den Rat der Fachkräfte in den Hausnotrufzentralen einholen, was wiederum Ressourcen spart. Weitere Vorschläge zur Entlastung der Rettungsdienste finden sich auch oben im Absatz: Notfallrettung am Limit.



Hausnotrufdienste Pflege Rettungsdienst

Mehr Selbstbestimmung für Senioren

Die Johanniter wünschen sich, dass Senioren möglichst lange im gewohnten Umfeld leben – ohne die Angehörigen zu „verschleiben“

Unsere Beobachtung

Hausnotrufdienste werden in der Basisform von den Kassen übernommen, soweit ein Pflegegrad vorliegt, die Person allein lebt und nicht in der Lage ist, ein Telefon zu benutzen. Doch schon, wenn die andere im Haushalt lebende Person für ein paar Minuten zum Bäcker geht, entsteht eine belastende Versorgungslücke. Ältere Menschen mit Pflegegrad können zudem vollkommen unvorhergesehen stürzen oder einen Schwächeanfall bekommen. Wie will man hier vorhersagen, wer noch in der Lage ist, zum Telefon zu greifen. Die Anspruchsvoraussetzungen haben nicht viel mit der Realität gemein.

Unser Vorschlag

Alle Menschen mit Pflegegrad haben Anspruch auf die Erstattung der Kosten für die Basisleistung des Hausnotrufs. Zudem wünschen sich die Johanniter, dass die Finanzierung durch die

Kassen auf den mobilen Notruf ausgeweitet wird. Die Klienten fühlen sich sicherer. Und auch für die Angehörigen bedeutet das eine erhebliche Entlastung, die dringend geboten ist. Denn nach Angaben der Siemens-Betriebskrankenkasse sind pflegende Angehörige um mehr als 50 Prozent häufiger von chronischen und schwerwiegenden Krankheiten betroffen als Durchschnittsdeutsche. Und sie gehen deutlich häufiger zum Arzt oder nutzen häufiger Arznei-, Heil- und Hilfsmittel. Angehörige und Freunde der Nutzer von Hausnotrufdiensten geben zu 97,5 Prozent an, es sei ihnen wichtig oder sehr wichtig, dass Hausnotrufdienste Hilfe zu jeder Tages- und Nachtzeit bieten¹¹. Für eine solche Ausweitung der Kostenübernahme durch die Kassen sprechen auch gesundheitspolitische Gründe. Neben der Entlastung von Pflege- und Rettungsdiensten, würden die Seniorinnen und Senioren auch später in ein Heim ziehen. Dafür aber müsste das Hilfsmittelverzeichnis innerhalb des § 40 SGB XI entsprechend angepasst werden.

¹¹ Quelle: BV HNR, Umfrage durchgeführt im März und April 2022 durch das Marktforschungsinstitut Bilendi, n = 240

Mehr Innovationen im Hausnotruf

Johanniter wünschen sich mehr Technologien der Gesundheits-Apps im Hausnotruf

Unsere Beobachtung

Es gibt zahlreiche sehr sinnvolle Innovationen, die den Hausnotruf hervorragend ergänzen könnten. Darunter Tools zur Bestimmung der Vitalwerte; Sensoren, die Stürze melden oder Technologien, die bei atypischem Verhalten anschlagen. Denkbar sind auch Apps, welche die Medikamenteneinnahme überwachen oder demente Patienten orten.

Doch bislang finden diese Innovationen den Weg in den Alltag sehr schwer. Der Grund: Häufig bremsen komplizierte und zeitaufwendige Genehmigungsverfahren bei den Kostenträgern die Umsetzung.

Unser Vorschlag

Digitale Innovationen müssen zügig in das GKV-Hilfsmittelverzeichnis aufgenommen und damit erstattungsfähig werden. Vorher sollten Hersteller, Wissenschaftler und Verbraucherschützer wesentliche Fallstricke gemeinsam ausräumen. Zu klären sind: Welche qualitativen Anforderungen müssen die digitalen Pflegehilfsmittel erfüllen? Wie kann der pflegerische Nutzen effizient und verlässlich nachgewiesen werden? Auf welche Weise können Beratung, Instandhaltung und Wartung erfolgen und vergütet werden?



Schnelle Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt

Johanniter wünschen sich die organisatorische Straffung der Verfahren

Unsere Beobachtung

Trotz zunehmenden Fachkräftemangels in den Bereichen Pflege und Erziehung ist der Zugang in diese Berufe und in die Ausbildung für Migrantinnen und Migranten extrem schwer. Auf der Seite der Zugewanderten besteht großes Interesse. Doch es existieren zu viele Hindernisse. Nebenbefekt: Die Integration arbeitswilliger und motivierter Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft wird erschwert. Die Gründe sind vielfältig. Einerseits behindern Klischees und Vorurteile die Integration. Andererseits gibt es auch organisatorische Defizite durch zu viel Bürokratie. Abläufe, Maßnahmen und Vorgaben der verschiedenen Ämter sind nicht aufeinander abgestimmt und blockieren unnötig. Immer wieder wandern Pflege-Fachkräfte in andere Bundesländer ab, in denen die Hürden zum Einstieg in diese Berufsfelder niedriger sind.

Mit steigenden Flüchtlingszahlen verlängern sich auch die Bearbeitungszeiten für Anträge und Anliegen der Migrantinnen und Migranten. Werden Dokumente und Leistungsbescheide nicht zügig erstellt, hat das für die unschuldigen Betroffenen äußerst harte Konsequenzen. So werden beispielsweise Leistungen des Jobcenters oder der Bildungs- und Teilhabepakete eingestellt. In Gefahr sind dann Kindergeldzahlungen, Freiplätze im Hort oder Kindergarten, Mitgliedschaften im Verein oder das Mittagessen in einer Bildungseinrichtung. Auch die Mietzahlungen geraten so in Gefahr. Der Einstieg in den Arbeitsmarkt wird erschwert, weil die Anerkennungsverfahren zu lange dauern.

Richtig und wichtig sind auch die Qualifikations-Angebote des Jobcenters beispielsweise in der Sprachförderung oder für die berufspraktische Erprobung. Die Praxis zeigt aber, dass diese Angebote in ihrer Ausrichtung beziehungsweise Qualität nicht mit den Bedarfen mithalten. Suchen sich die Betroffenen die benötigte Expertise woanders und brechen die Maßnahme ab, drohen Leistungskürzungen.

Bund, Länder und Kommunen haben in der Flüchtlingskrise schnell reagiert und umfangreich Migrationsprojekte finanziert. Die Mittel werden

jedoch oft in kurzfristige Projekte gesteckt. So mangelt es für die Geflüchteten an kontinuierlicher Betreuung. Zudem sind kurzzeitig finanzierte Projekte für die Personalgewinnung wenig attraktiv. Entsprechend schwer ist es, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzustellen, langfristig zu binden und gewonnene Expertise zu erhalten.

Unser Vorschlag

Für mehr Transparenz in den Verfahren sollte eine unabhängige Melde- und Beschwerdestelle eingerichtet werden. Den Betroffenen wird garantiert, dass sie innerhalb von 72 Stunden eine Rückmeldung zu ihrem Anliegen bekommen. Alle involvierten Behörden bieten den Geflüchteten zwei Sprechtag, an denen sie ihr Anliegen niederschwellig persönlich vorbringen können. Dazu sollten auch Übersetzer vorgehalten werden. Bei Verzögerungen, die finanzielle Auswirkungen haben, werden aus einem „Übergangsfonds“ Überbrückungszahlungen geleistet, damit die Fixkosten gesichert sind.

Die Anerkennungsverfahren für ausländische Schulzeugnisse, die Berufsqualifikationen und Berufserfahrungen sollten vereinfacht und beschleunigt werden.

Es sind mehr Anpassungslehrgänge und berufsbegleitende Ausbildungen nötig. Diese müssen flexibler und in individuell anpassbaren Modulen angeboten werden. Diese Angebote werden regelmäßig evaluiert und den aktuellen Bedürfnissen angepasst.

Firmen, die ausländische Beschäftigte anstellen, brauchen aktive Unterstützung bei integrativen Angeboten. Dazu zählen flexible Sprachkurse, Beratung bei rechtlichen und behördlichen Problemen aber auch Unterstützung bei der interkulturellen Sensibilisierung der Führungskräfte und Mitarbeiter.

Die Finanzierung aller Migrationsmaßnahmen sollte langfristig erfolgen, der Genehmigungszeitraum zwei Jahre nicht unterschreiten. Nur so bleibt das wirtschaftliche Risiko für die Hilfsorganisationen überschaubar.

Psychologische Betreuung Geflüchteter verbessern

Die Johanniter wünschen sich, dass Geflüchtete mit posttraumatischen Belastungsstörungen und Depressionen zeitnah Hilfe erhalten

Unsere Beobachtung

Es existieren zu wenige psychologische und psychotherapeutische Hilfsangebote, die Wartezeiten sind extrem lang. Viele Geflüchtete kommen aus Kriegsgebieten, wurden verfolgt oder gefoltert. Auch müssen sie Flucht und Zukunftsängste verarbeiten. Unsere Beratungsstellen können dies nicht leisten und bieten lediglich Gespräche zur Überbrückung an.

Unser Vorschlag

Psychologische und psychiatrische Einrichtungen und Vereine müssen unbedingt mit den personellen und materiellen Ressourcen ausgestattet werden, um zeitnahe und nachhaltige Lösungen anzubieten. Dazu gehört auch, dass sich die Patienten verständlich machen können. Weil das Sprachmittlerbudget nur bei medizinischen stationären Aufnahmen zur Verfügung steht, ist eine Überarbeitung dieser Praxis dringend geboten.

Kinder & Jugend

Regionale Jugendarbeit stärken

Die Johanniter wünschen sich, dass die Jugendverbandsarbeit personell in der Region gefördert wird

Unsere Beobachtung

Die Jugendverbandsarbeit prägt Heranwachsende in ihrem sozialen und demokratischen Miteinander. Hier bekommen sie eine „Grundimmunsierung“ gegen extreme politische Einstellungen. In den vergangenen Jahren hat der Freistaat die Landesförderung ausgebaut. Die Johanniter haben entsprechende Jugendprojekte ins Leben gerufen. Mit der flächendeckenden Verbandsarbeit stieg jedoch der Personalaufwand. Vieles wird von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern geleistet. Sie werden mit einer Vielzahl von Verwaltungsaufgaben konfrontiert, für die sie entweder in ihrer ehrenamtlichen Position nicht qualifiziert sind oder die nicht ihren Interessen entsprechen. Durch die meist kurzfristigen Projektfinanzierungen fehlt vielen Aktiven zudem ein verlässlicher Planungshorizont.

Die Projektarbeit hat in der Fläche eine Qualität erreicht, die professioneller, hauptamtlicher Unterstützung bedarf. Diese Weiterentwicklung ist nicht in allen Regionen Sachsens gegenfinanziert.

Unser Vorschlag

Vor Ort bedarf es vertrauensvoller Ansprechpartner, die kontinuierlich die Kinder und Jugendlichen der Johanniter-Jugend anleiten und unterstützen. Gerade nach den zurückliegenden Corona-Jahren sind die sozialen und psychischen Auswirkungen kaum zu übersehen. Hilfe verspricht die niederschwellige Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, welche die pathologischen Diagnosen unwahrscheinlicher werden lässt. Dazu muss die Finanzierung für die regionale Arbeit im gesamten Freistaat gesichert werden – für Haupt- und Nebenamt. Um verlässliche Strukturen vor Ort zu schaffen, ist zudem die mittelfristige Finanzierung notwendig. Die Förderzeiträume sollten mindestens drei Jahre umfassen.



Kinder & Jugend

Kita-Finanzierung sicherstellen

Die Johanniter wünschen sich zunehmende Finanzierungen von Kindertagesstätten durch Landeszuschüsse – die Eigenanteile der Träger sollten genauer definiert werden

Unsere Beobachtung

Nicht mehr zeitgerecht sind die Verträge und Rahmenbedingungen mit den Kommunen, die den Eigenanteil der Kita-Träger regeln. Das Kitagesetz formuliert hierzu unscharfe Vorgaben. Formulierungen wie „im Rahmen der Leistungsfähigkeit“ führen zu Streitigkeiten bis hin zu juristischen Auseinandersetzungen mit den Kommunen. Ihre Kassen sind häufig leer und die Finanzierung der Kita-Plätze – mit allen Personal- und Sachkosten – ist gefährdet. Die aktuelle Novelle des Kitagesetzes berührt diesen Punkt nicht.

Unser Vorschlag

Die Kommunen werden vom Freistaat mit den erforderlichen Finanzmitteln für die steigenden Kosten der Betreuungsplätze ausgestattet. Nur so müssen diese nicht auf die Elternbeiträge umgelegt werden. In das Kitagesetz werden klare Festlegungen eingearbeitet, die den zu leistenden Eigenanteil der Kitaträger regeln. Dabei muss auch beachtet werden, dass es sich bei vielen Trägern um gemeinnützige Hilfsorganisationen handelt.

Kinder & Jugend

Kitas in strukturschwachen Regionen stärken

Die Johanniter wünschen für die Kitas auf dem Land mehr Investitionen, um geschwächte Regionen zu stärken und Ballungszentren zu entlasten

Unsere Beobachtung

Alte, nicht mehr zeitgemäße Immobilien mit kleinen Kapazitäten außerhalb der Großstädte und Ballungszentren sind oft unwirtschaftlich. Notwendige Neubauten mit größeren Kapazitäten und effizienteren Strukturen erhalten keine Landesförderung. Diese ist an eine positive Bevölkerungsentwicklung beziehungsweise an nachgewiesene Bedarfssteigerung gebunden. Da diese Voraussetzungen im ländlichen Raum meist

nicht erfüllt sind, erleidet die betreffende Region einen Strukturnachteil. Sie wird für junge Familien weniger attraktiv.

Unser Vorschlag

Um die Kinderbetreuung auch in den ländlichen und strukturschwachen Regionen zu sichern, sollte die Landesförderung für Gebäudeinvestitionen zukunftsorientiert angepasst werden.

Realistischen Fachkraft-Kind-Schlüssel etablieren

Die Johanniter wünschen sich praxisnahe Personalschlüssel

Unsere Beobachtung

1.000 neue Fachkräfte für sächsische Kitas sind ein gutes Zeichen. Das entspricht einem Personalzuwachs von vier Prozent in jeder Einrichtungsart. Bei zunehmenden pädagogischen Anforderungen mit steigender Zahl von Integrationskindern und Kindern mit erhöhtem Sprachförderbedarf reicht das nicht aus.

Hinzu kommt eine Reihe an Funktionen wie zum Beispiel Hygienebeauftragte, Verantwortliche Kinderschutz, die zusätzlich zur Arbeit am Kind übernommen werden müssen. Eine Entlohnung oder ein zeitlicher Ausgleich ist dafür nicht vorgesehen.

Unser Vorschlag

Damit die Anforderungen des sächsischen Bildungsplanes für alle Kinder umgesetzt werden können, sollte der Fachkraft-Kind-Schlüssel verbessert werden. Die Mindestanforderungen sollten im §12 Gesetz über Kindertageseinrichtungen angepasst werden: Kinderkrippe 1:4, Kindergarten 1:10 und Hort 0,9:17. So ließen sich gleichermaßen die Arbeitsbedingungen und die Qualität der Kinderbetreuung verbessern. Zusätzliche geförderte Assistenzkräfte könnten die Erzieherinnen und Erzieher unterstützen. Die Fachkräfte hätten mehr Zeit für die eigentliche Pädagogische Arbeit.

Der Mehraufwand für die oben genannten Funktionen sollte mit Stunden hinterlegt sowie refinanziert werden. Die Fachkräfte, die solche Aufgaben zusätzlich übernehmen, sollten entsprechend entlohnt werden können.



Personalnot in der Kinderbetreuung lindern

Die Johanniter wünschen sich mehr Attraktivität der Ausbildung

Unsere Beobachtung

Kolleginnen und Kollegen in den Einrichtungen sind überlastet, der Krankenstand entsprechend groß. Ein Teufelskreis. Der Arbeitsmarkt ist leer, die jährlich abschließenden Ausbildungs-Jahrgänge können den Personalbedarf nicht stillen. Zudem sind junge Berufsanfänger von den komplexen Anforderungen überlastet.

Unser Vorschlag

Der Beruf muss attraktiver werden. Vier bis fünf Jahre Ausbildung – inklusive Vorqualifikation und Ausbildung zur staatlich anerkannten Erzieherin/ zum staatlich anerkannten Erzieher – sind nicht konkurrenzfähig. Zudem muss die Finanzierung der Auszubildenden durch ein Ausbildungsentgelt gesichert werden. Berufsanfängerinnen und Berufsanfängern würde ein Einstiegsjahr helfen, das nur zu 50 Prozent des Vollzeit-Äquivalents auf den Personalschlüssel angerechnet wird, gleichzeitig jedoch voll bezahlt und refinanziert wird.





Kinder & Jugend Personal

Ausbau von Kitas zu Kinder- und Familienzentren

Die Johanniter wünschen sich in Kitas mehr Beratung für Familien

Unsere Beobachtung

Finanzielle Not, ein schwer zu durchblickender „Behörden-Dschungel“ und Hemmungen, Hilfe anzunehmen, haben oft zur Folge, dass sich die Familien den Angeboten entziehen. Häufig wissen sie nicht, welche Hilfsangebote sie wahrnehmen könnten. Fachkräfte und Einrichtungsleitungen können den hohen Beratungsbedarf nicht abfangen.

Unser Vorschlag

Ausbau der Stellen für Sozialarbeiterinnen und -arbeiter. Parallel muss die räumliche Infrastruktur mitwachsen.

Mittagessen für alle Kitakinder

Die Johanniter wünschen sich die einheitliche Auslegung des Sächsischen Kita-Gesetzes bei der Berechnung der Kosten für das Mittagessen

Unsere Beobachtung

In den sächsischen Einrichtungen werden die Verpflegungsmehraufwendungen unterschiedlich an die Eltern weiterberechnet. Teilweise übernimmt die Kommune die Personalkosten für Essenausgabe und Reinigung. An anderen Orten wird der Betrag direkt auf die Eltern umgelegt. Das führt dazu, dass materiell schwächer ausgestattete Familien ihre Kinder vom Mittagessen abmelden.

Unser Vorschlag

Hier würde eine einheitliche Regelung zu den Elternbeiträgen im § 15 Absatz 6 des Sächsisches Gesetzes zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen Abhilfe schaffen. Durch das Antragsverfahren könnten Sozialarbeiter führen (siehe oben: Ausbau von Familienzentren).

Kindertrauerarbeit finanziell fördern

Die Johanniter wünschen sich für die Trauergruppen Personalkostenförderungen

Unsere Beobachtung

Der Bedarf an Trauergruppen für Kinder und Jugendliche ist gestiegen. Die Trauerarbeit wird durch ehrenamtliche Trauerbegleiter abgesichert. Die Nachfrage übersteigt das Angebot. Die alleinige Finanzierung durch Johanniter-Spendengelder reicht nicht mehr aus.

Unser Vorschlag

Um der chronischen Unterfinanzierung zu entgegen, benötigt die Trauerarbeit für Kinder und Jugendliche (Lacrima) eine Landesförderung für die Personalkosten im Hauptamt, die Sachkosten sowie für die Ausbildung der ehrenamtlichen Trauerbegleiter.

Bildungsurlaub auch in Sachsen einführen

Die Johanniter wünschen sich für ihre haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden einen Anspruch auf Bildungsurlaub

Unsere Beobachtung

Klimakrise, Terrorgefahr, Pandemien, High-Tech-Geräte und digitale Kommunikation – die Anforderungen an Retter und Helfer steigen stetig. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Hilfsorganisation sind Bildung und Weiterbildung essentiell. Das wird den Hilfsorganisationen in Sachsen erschwert, denn nur hier und in Bayern gibt es keinen Anspruch auf Bildungsurlaub.

Unser Vorschlag

Der Freistaat schafft einen Anspruch auf fünf Tage Bildungsurlaub jährlich – ohne Verdienstausschluss.

Erste Hilfe als Bildungs- und Bürger-„pflicht“

Die Johanniter wünschen sich gut geschulte Helfer für alle Notlagen

Unsere Beobachtung

Erste-Hilfe-Situationen deuten sich nicht allmählich an. Sie platzen spontan ins Leben. Viele fühlen sich überfordert, sind unsicher, wie man korrekt hilft oder fürchten sich vor persönlicher Haftung.

Zwar beginnen Leihen bei Herzkreislaufstillständen in Deutschland in 42,6% der Fälle mit der Wiederbelebung, jedoch stehen wir im europäischen Vergleich deutlich hinter Ländern wie Norwegen – mit einer Quote von über 80 Prozent. Deshalb hatte die Kultusministerkonferenz 2014 beschlossen, Erste Hilfe als Unterrichtsfach ab der Klasse 7 zu etablieren. Leider ist die Umsetzung in Sachsen nur stockend angelaufen und 2019 komplett eingeschlafen. Das Sächsische Kultusministerium ließ Lehrerinnen und Lehrer zu Erste-Hilfe-Multiplikatoren über die Universitätskliniken ausbilden – in den ersten zwei Jahren an den Standorten Dresden, Chemnitz, Leipzig. Dann schwand das öffentliche Interesse und damit die Schulungen aus den Terminkalendern der Universitätskliniken. Auch die bereits geschulten Lehrkräfte wurden nicht weitergebildet.

Schon damals war es nicht nachvollziehbar, warum der Freistaat nicht die etablierten flächendeckenden Schulungsressourcen der Hilfsorganisationen nutzt.

Unser Vorschlag

Erste Hilfe sollten als „Unterrichtsfach“ ab Klassenstufe 7 mit zwei Einheiten pro Jahr eingeführt werden. Die Ausbildung übernehmen die Hilfsorganisationen. Diese werden auf der Basis des Bundesdurchschnittskostensatzes des Bundesarbeitsministeriums (BDKS) finanziert. Jährliche zielgruppenorientierte Wiederholungen vermitteln Sicherheit. Schülerinnen und Schüler gehen so unbedarft an die Erste Hilfe ran und nehmen diese Erfahrungen in ihr Erwachsenenleben mit.

Die Johanniter haben mit dem fertigen Konzept „Von Herzensrettern und Lebensrettern“ eine Möglichkeit, Schülerinnen und Schüler über viele Jahre für Erste Hilfe zu begeistern. Die Johanniter verfügen über ein umfassendes Netz an Erste-Hilfe-Trainerinnen und Trainern. Zudem unterhält die Hilfsorganisation im Rahmen der Pflichtweiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer regen Kontakt zu vielen Schulen in Sachsen, der sich sofort nutzen ließe.

Um die theoretischen und praktischen Fähigkeiten auch nach der Schulzeit zu festigen, schlagen die Johanniter zudem Wiederholungskurse mit zwei bis fünf Unterrichtseinheiten vor. Dort werden nicht nur die Grundlagen der ersten Hilfe vermittelt, sondern auch zielgruppenorientiert Spezialkurse angeboten wie „Kindernotfälle“, „Erste Hilfe für Pflegebedürftige“, „Outdoor-Erste-Hilfe“ oder „Bevölkerungsschutz“ – also das Verhalten bei größeren Not- und Terrorlagen. Mit den Spezialangeboten steigt der Wissensdurst. Gleichzeitig wird das Basiswissen nachhaltig vermittelt.

Solide verankerte Erste-Hilfe-Fähigkeiten, steigern die Resilienz der Bevölkerung in Not-, Krisen- und Katastrophenlagen, um besonnen und gezielt zu handeln. Die erlernten Hard- und Softskills stärken das Gemeinschaftsgefühl und die gegenseitige Hilfsbereitschaft über die Erste Hilfe hinaus.

Gute, konsequente Erste Hilfe entlastet darüber hinaus das Rettungssystem und mindert Folgeschäden. Krankenhausaufenthalte und Behandlungskosten nehmen ab, das Gesundheitssystem spart Geld. Die Kursgebühren, welche sich ebenfalls am BDKS orientieren, werden vom Freistaat, Krankenkasse und gegebenenfalls anteilig von den Teilnehmenden getragen.



Pflege | Fahrdienste | Kinder & Jugend | Rettungsdienst | Hausnotrufdienste | Ehrenamt

Nachhaltige Konzepte fördern

Johanniter wünschen sich Privilegien für klimafreundliches Wirtschaften

Unsere Beobachtung

Die Johanniter setzen bei ihren Dienstleistungen auf nachhaltige Konzepte, um bis 2030 klimaneutral zu arbeiten. In der Praxis fehlt es allerdings oft an der öffentlichen Infrastruktur für beispielsweise E-Mobilität. Investitionen in die nachhaltige Zukunft werden bislang bei Ausschreibungen nicht privilegierend berücksichtigt. Im Gegenteil: Die damit verbundenen höheren Kosten bedeuten oft das Aus in den Ausschreibungsverfahren.

Unser Vorschlag

Beim Ausbau der nachhaltigen Infrastruktur werden die Standorte der Hilfsorganisationen – Pflege-, Hausnotruf- und Fahrdienste – bevorzugt. Wer seine Dienste und Dienstleistungen besonders klimaschonend anbietet, wird in den Ausschreibungsverfahren privilegiert. Der Freistaat schafft Fördermöglichkeiten bei der energetischen Sanierung beispielsweise von Ausbildungsräumen, Kitas, Einrichtungen der Pflege- und Fahrdienste.



JOHANNITER

Aus Liebe zum Leben

Impressum

Herausgeber / Johanniter-Unfall-Hilfe e. V.
Landesverband Sachsen
Gerichtsweg 28, 04103 Leipzig
Tel. 0341 49627-0, Fax 0341 49627-100
info.sachsen@johanniter.de
www.johanniter.de/sachsen

Redaktion / Sebastian Späthe,
Henning Groeger, Rebekka Biederbeck

Fotos / Franka Biederstädt, Henning Groeger,
Sebastian Späthe, FredFroese/E+ via Getty Images

Layout / Gordon Koitzsch

SACHSEN

